

Wirtschaftspolitische Alternativen in der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise

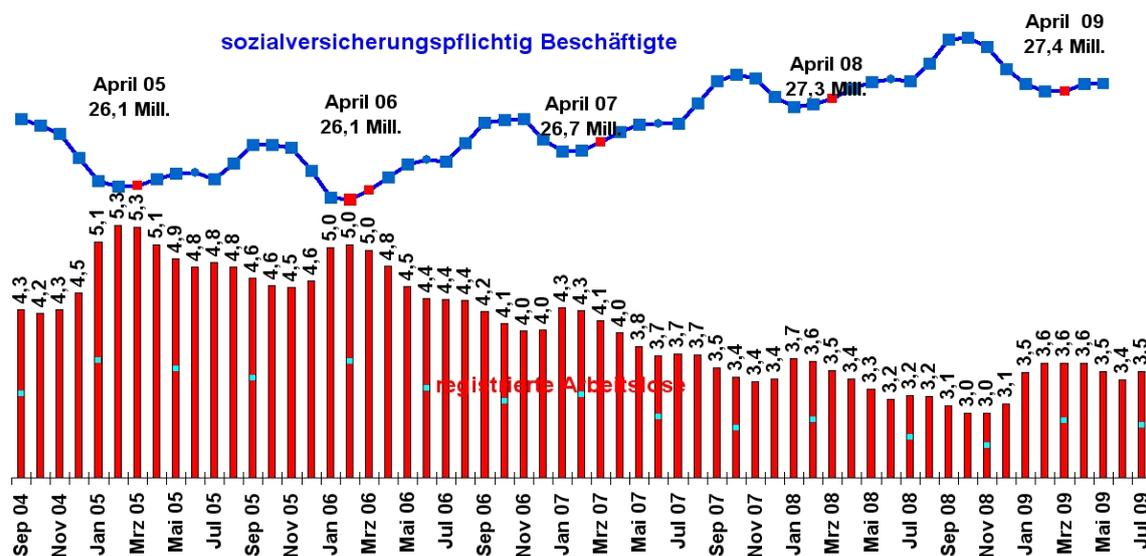
Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 1 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Massenarbeitslosigkeit – Ein Dauerphänomen

Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, August 2009

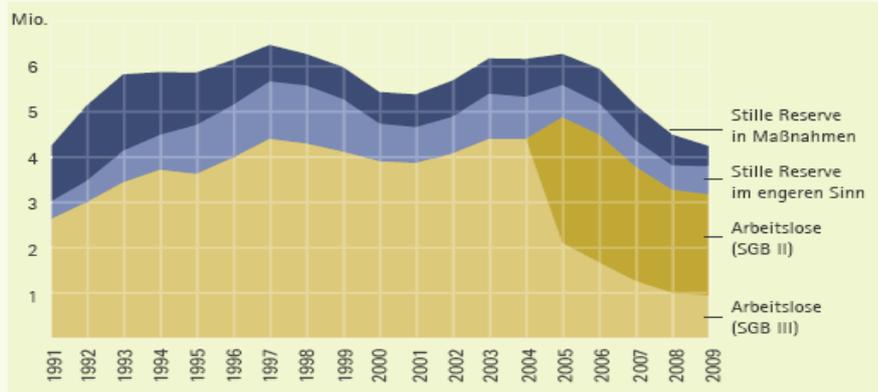
Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 2 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Projektion 2009: Der Arbeitsmarkt tritt auf der Stelle

Abbildung 2
Entwicklung der Unterbeschäftigung in Deutschland –
Registrierte Arbeitslosigkeit und Stille Reserve 1991 bis 2009
Personen in Mio; Jahresdurchschnitte (2009: Projektionsvariante II)



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB.

© IAB

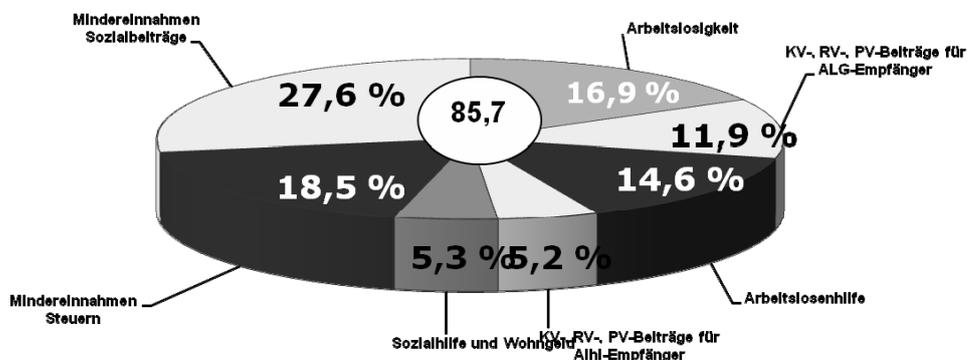
Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 3 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Kosten der Arbeitslosigkeit (1)

Gesamtfiskalische Ausgaben und Mindereinnahmen
durch Arbeitslosigkeit 2004



Quelle: Berechnungen des IAB (Arbeitsbereich VI/2)

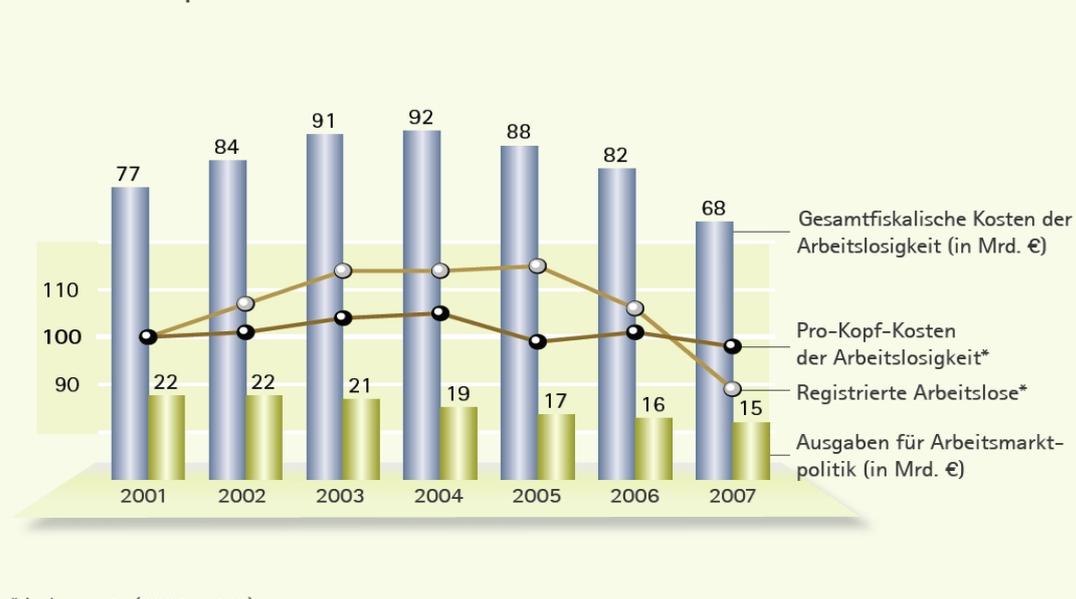
Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 4 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Kosten der Arbeitslosigkeit (2)

Gesamtfiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit und Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik 2001 bis 2007



* Indexwerte (2001 = 100)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB

© IAB Troost, MdB

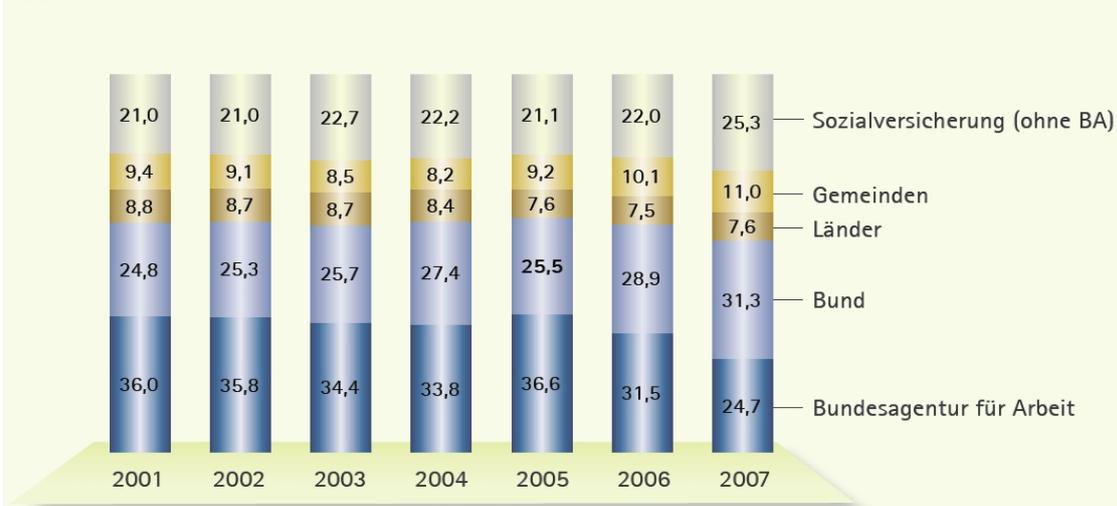
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 5 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Kosten der Arbeitslosigkeit (3)

Verteilung der gesamtfiskalischen Kosten der registrierten Arbeitslosigkeit 2001 bis 2007 auf öffentliche Budgets

Anteile in %



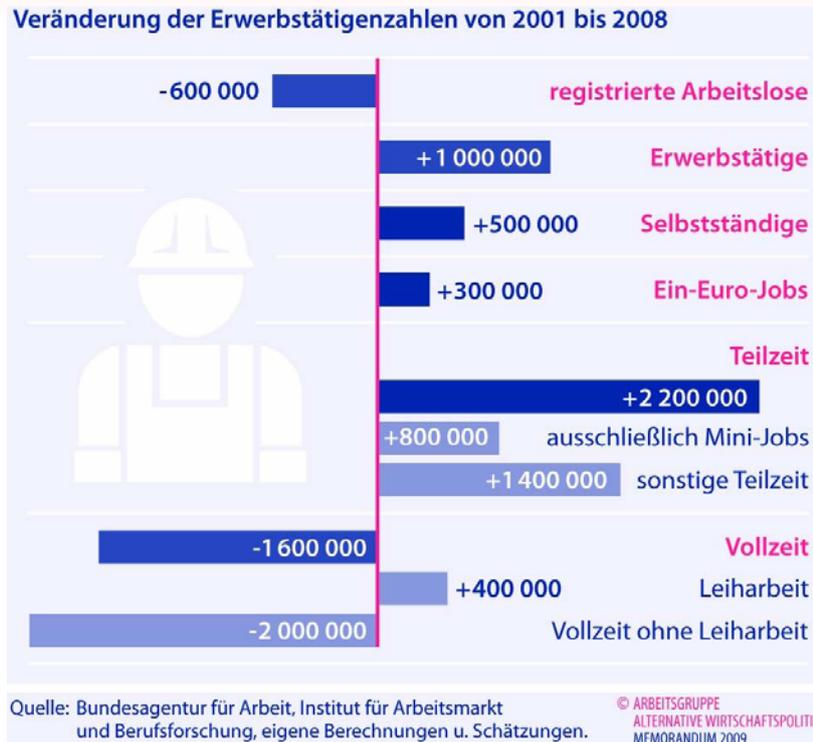
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB

© IAB Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 6 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Mehr Beschäftigung – aber was für welche?



Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 7 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Vom BIP-Wachstum zum Beschäftigungs-Wachstum

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
BIP (real)	0,0	-0,2	1,2	0,8	3,0	2,5	1,7
- Produktivität ¹	1,5	1,2	0,6	1,4	2,5	0,6	0,6
= Arbeitsvolumen	-1,5	-1,4	0,6	-0,6	0,5	1,9	1,1
- Arbeitszeit ²	-0,9	-0,4	0,2	-0,5	-0,2	0,1	-0,1
= Erwerbstätige im Inland	-0,6	-1,0	0,4	1,1	0,7	1,8	1,2

1 Je Erwerbstätigenstunde.

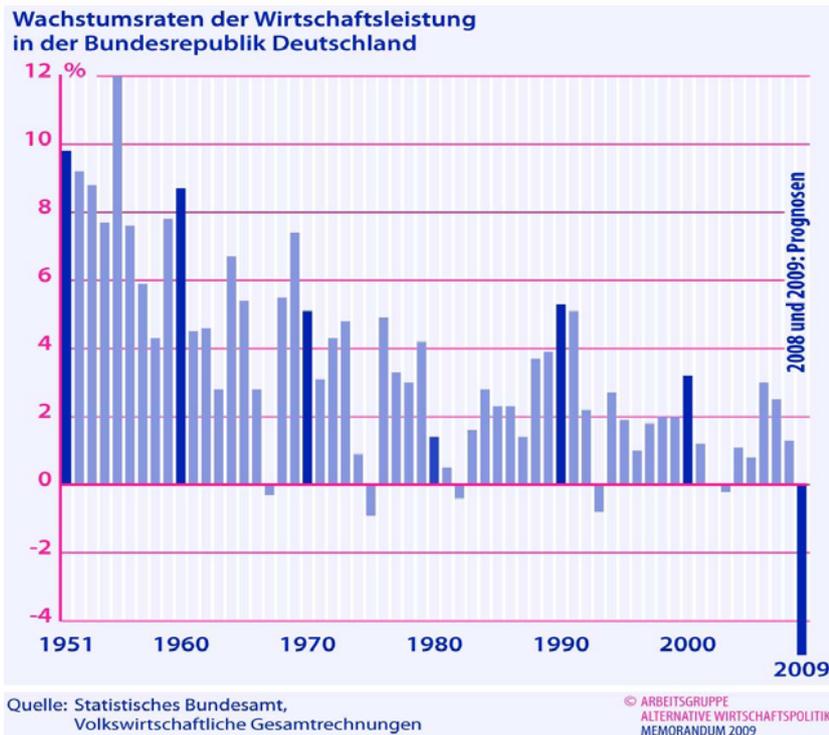
2 Erwerbstätigenstunden pro Kopf: Prozentuale Veränderung zum Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 8 - Einstieg in die Sommerschule 2009

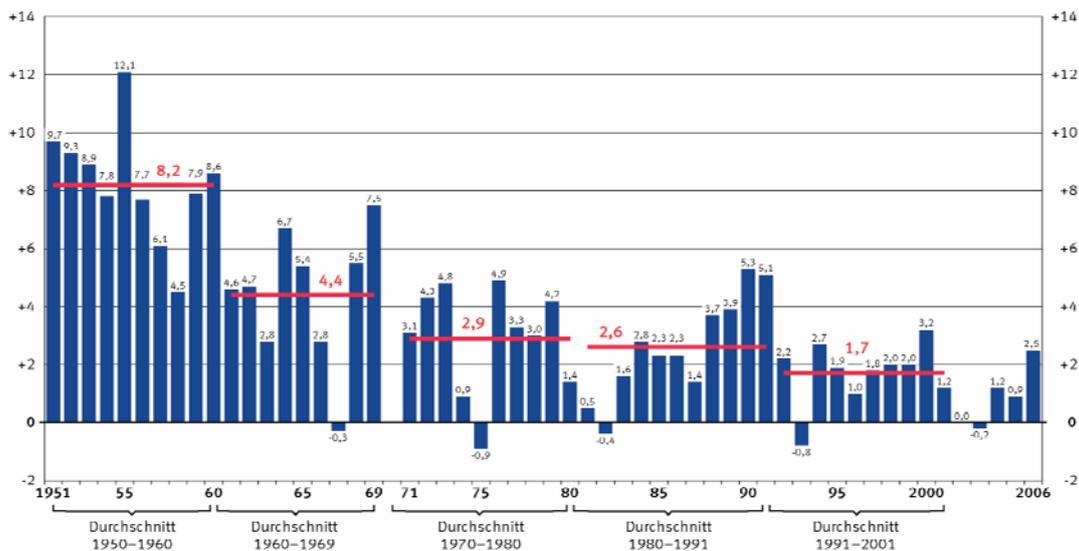
Historischer Wachstumseinbruch



Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 9 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Wirtschaftswachstum in Deutschland



1) Die Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen.

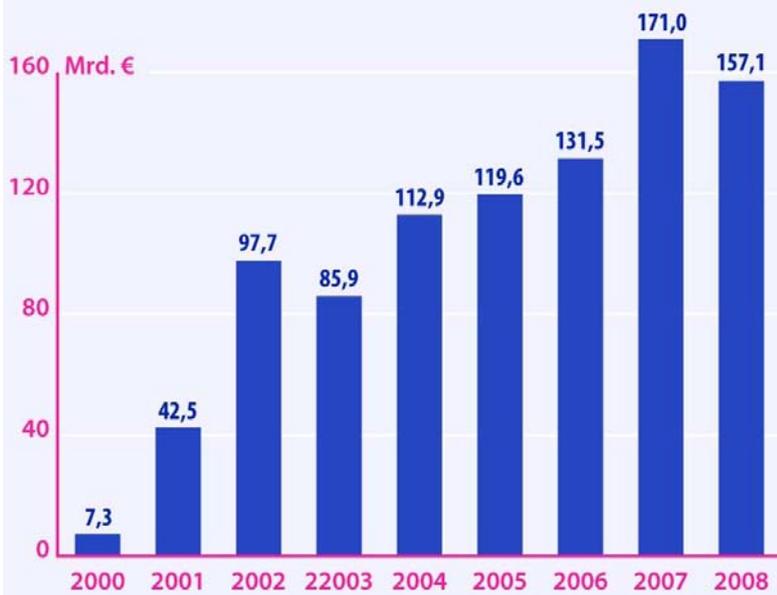
Quelle: Statistisches Bundesamt 2007

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 10 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Entwicklung des Außenbeitrags

Saldo Waren und Dienstleistungen 2000 bis 2008



Quelle: Statistisches Bundesamt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Januar 2009.

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2009

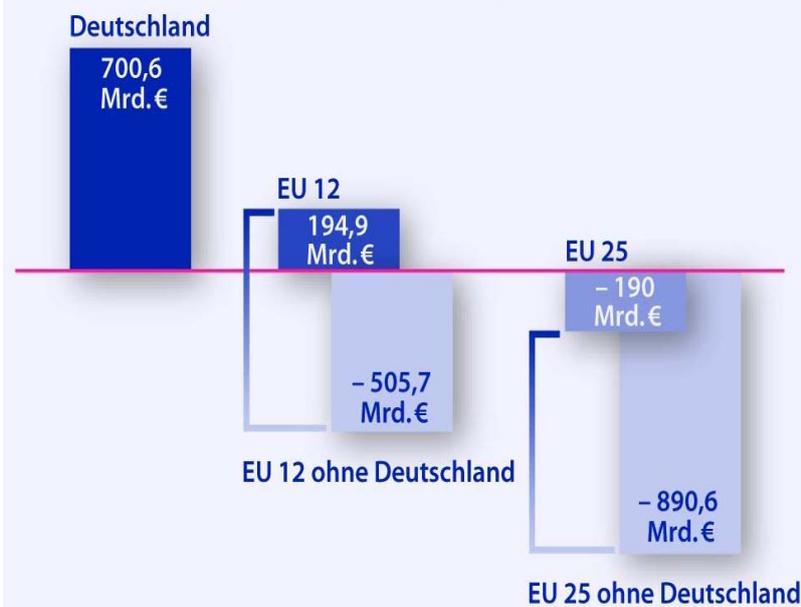
Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 11 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Leistungsbilanzsalden

Kumulierte Leistungsbilanzsalden in der EU, 2001 bis 2008



Quelle: Economic Forecasts Autumn 2008, Statistical Appendix, Table 52.

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2009

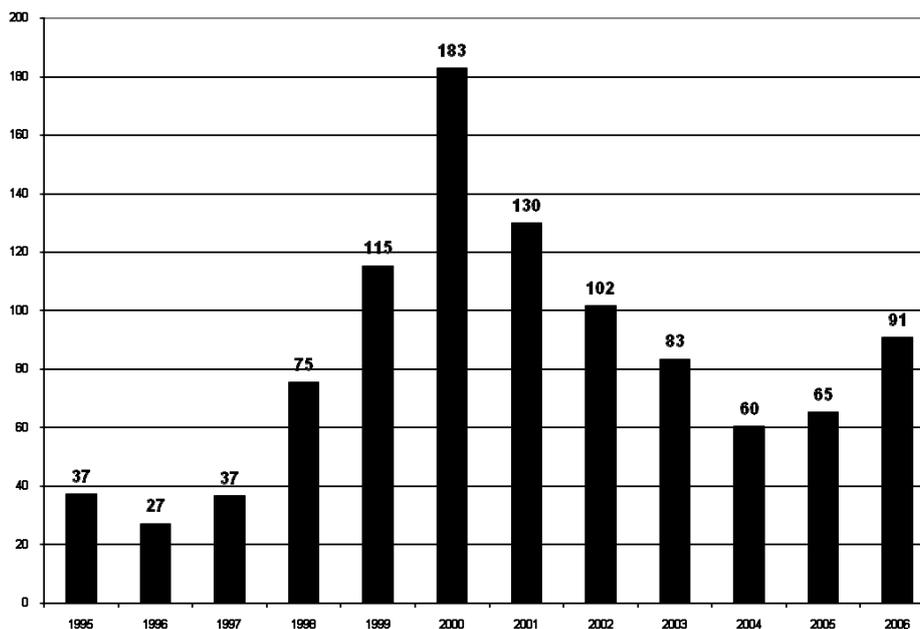
Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 12 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland

Neuanlagen in Mrd. €



Quelle: Deutsche Bundesbank, Zahlungsbilanzstatistik, eigene Berechnungen

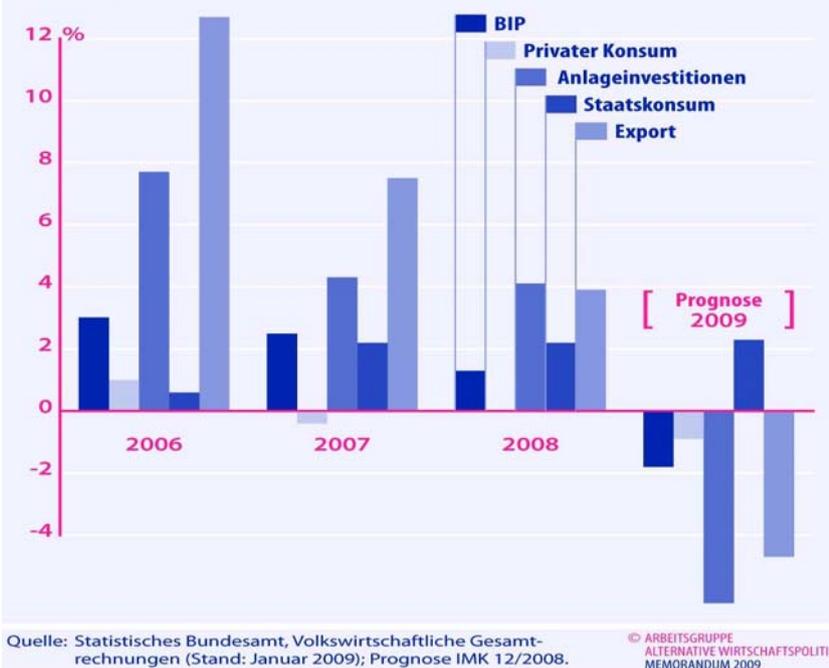
Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 13 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Der Weg in die Krise

Reale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts und der Nachfragekomponenten

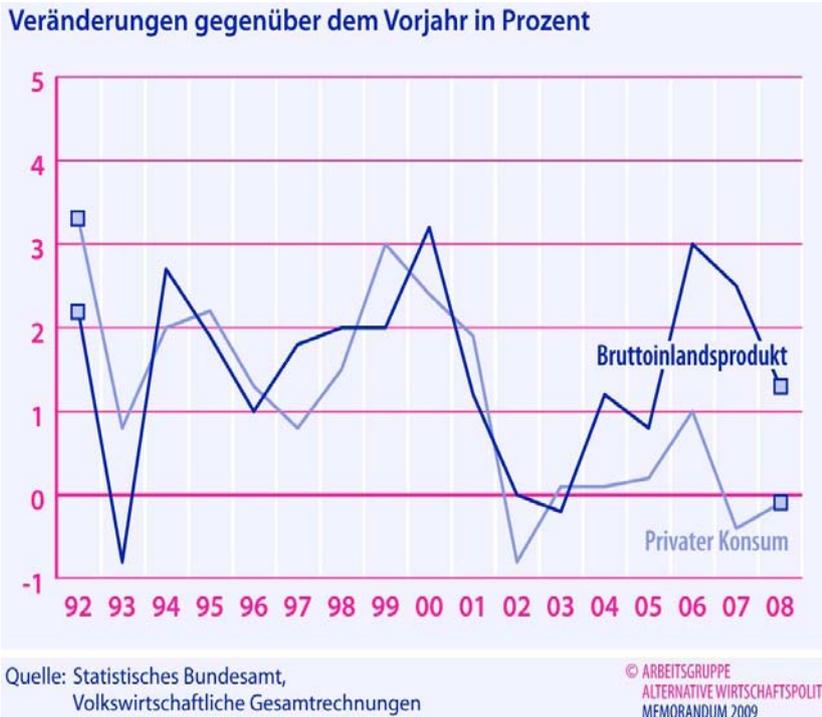


Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 14 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Konsum abgehängt



Folie 15 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Wachstum und Verteilung (I)

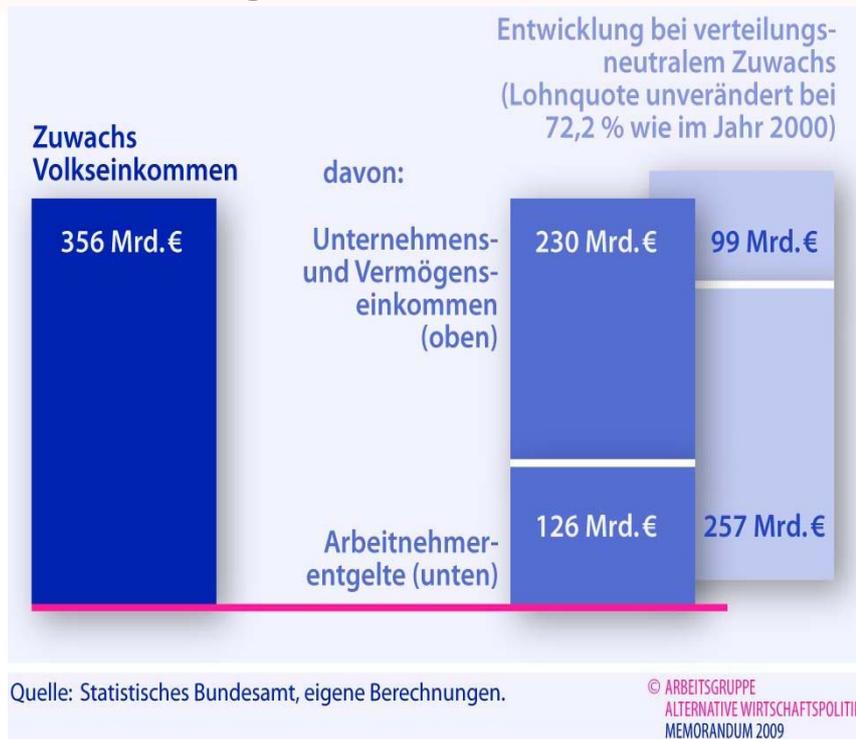


Folie 16 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Wenig für viele – viel für wenige

Verteilung des Volkseinkommens 2000 – 2008



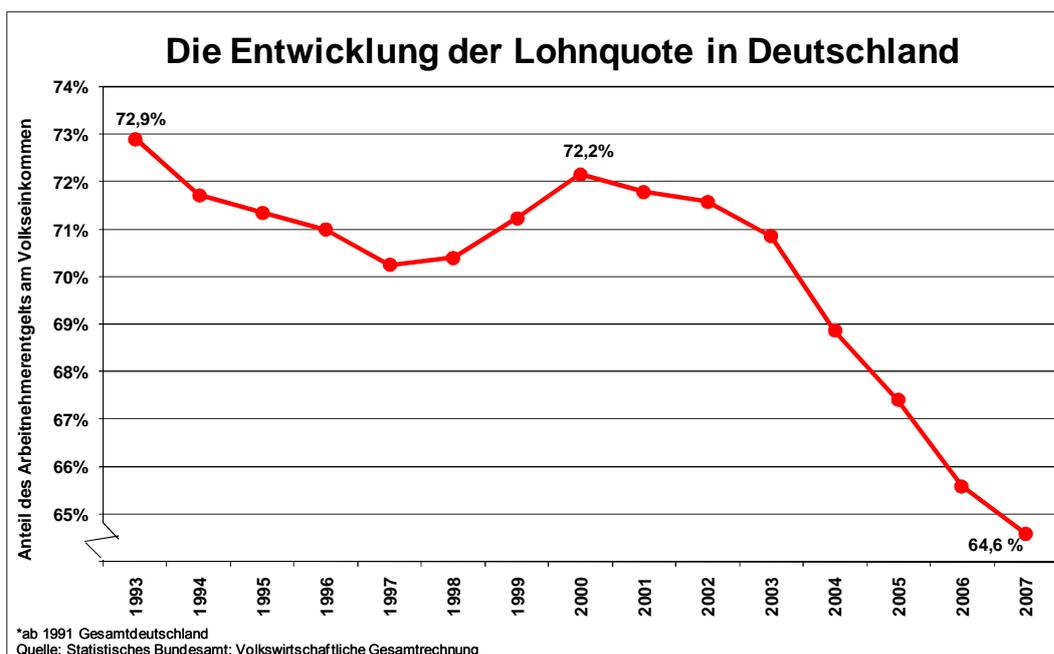
Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 17 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Absturz der Lohnquote

Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen

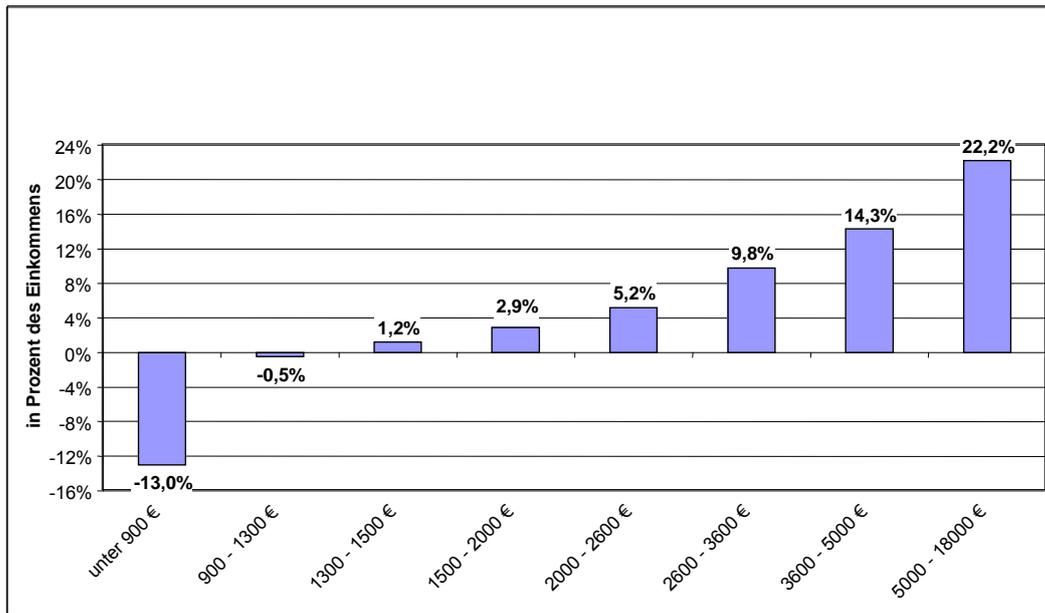


Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 18 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Sparquoten nach Nettoeinkommensklassen

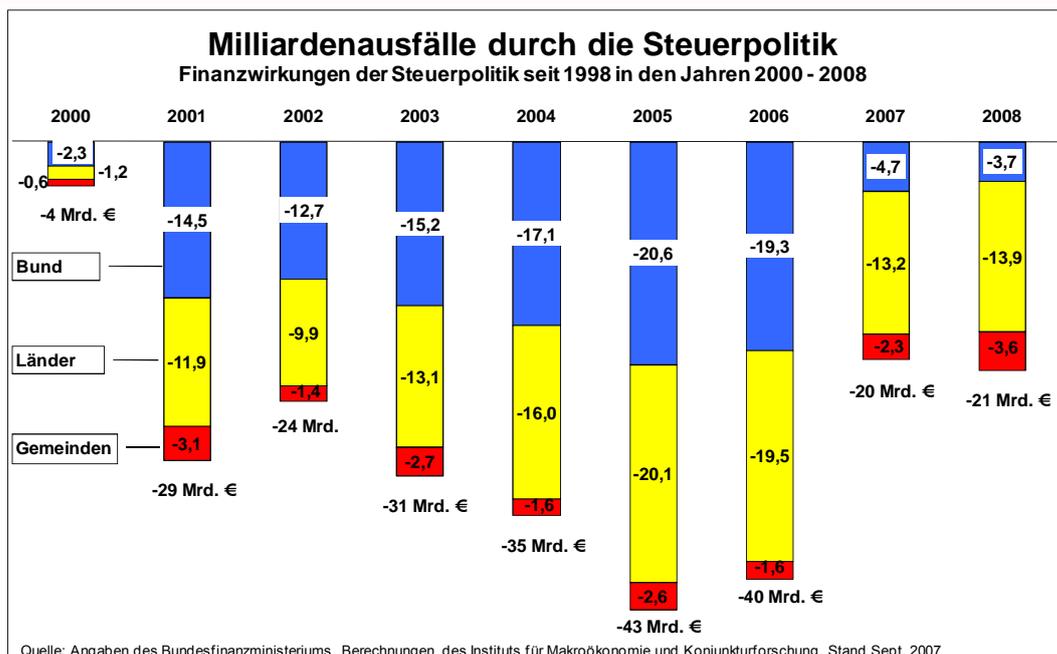


Quelle: Statistisches Bundesamt: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Bundes (EVS) 2003

Folie 19 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
 IM BUNDESTAG

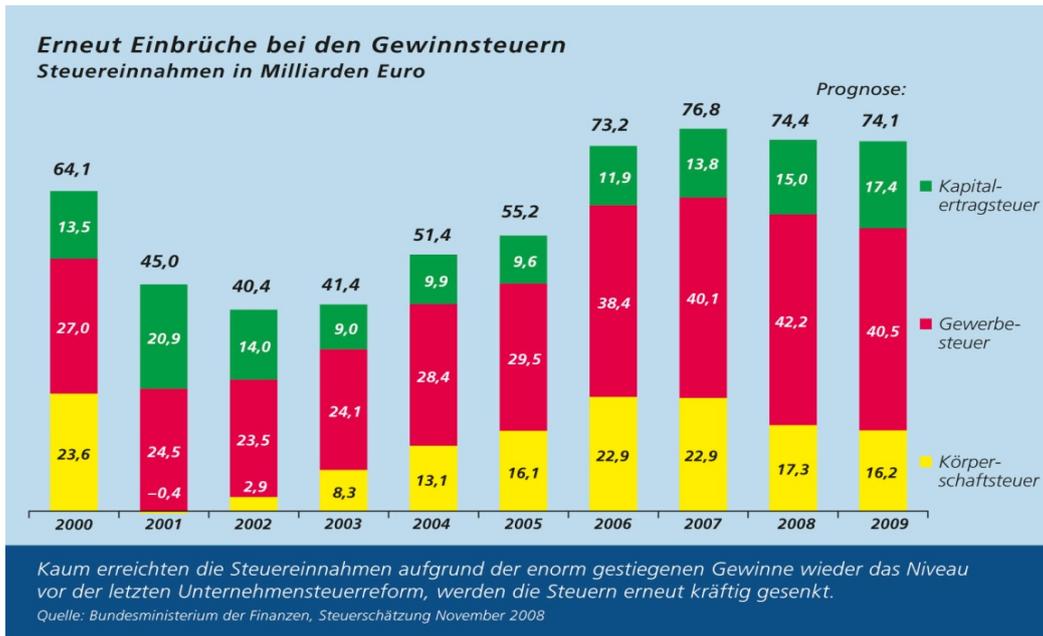
Öffentliche Armut



Folie 20 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
 IM BUNDESTAG

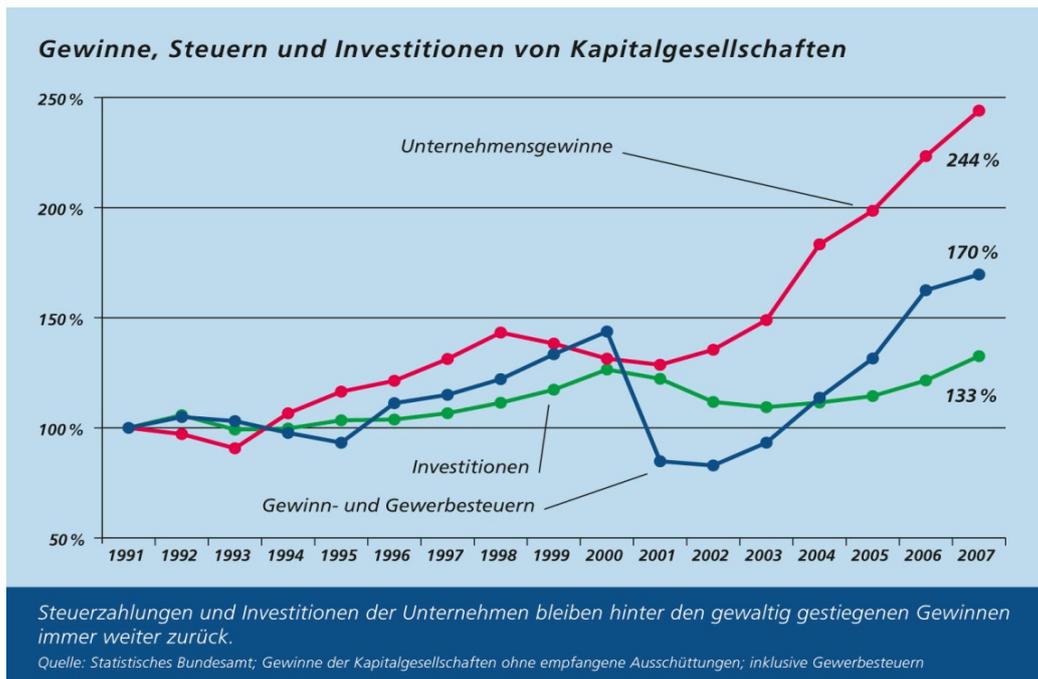
Steigende Gewinne – Sinkende Gewinnsteuern



Folie 21 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

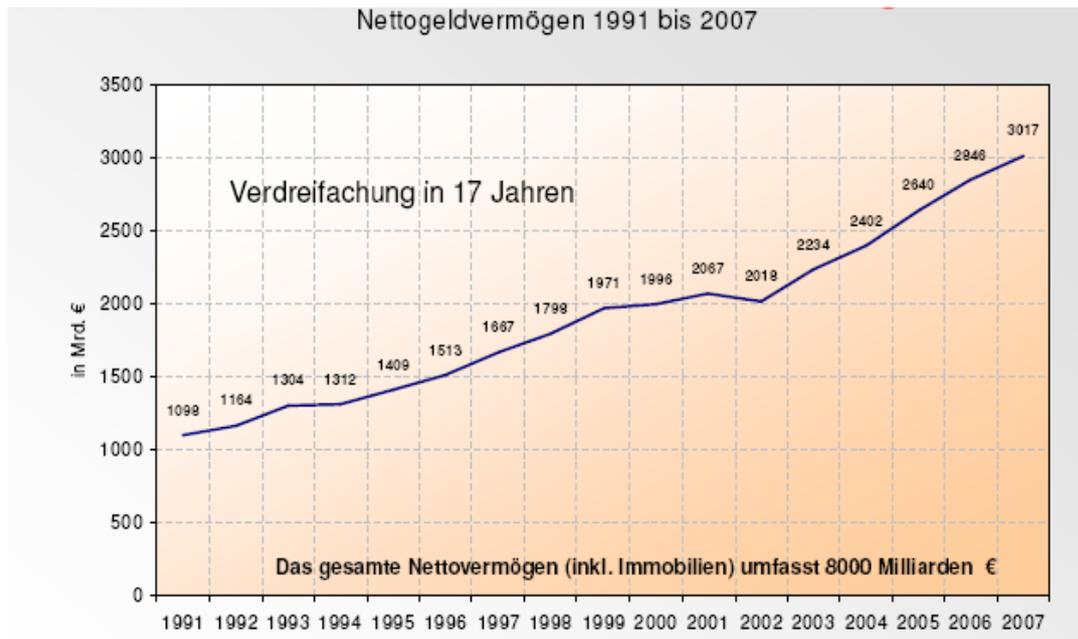
Steigende Gewinne – Zurückbleibende Investitionen



Folie 22 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

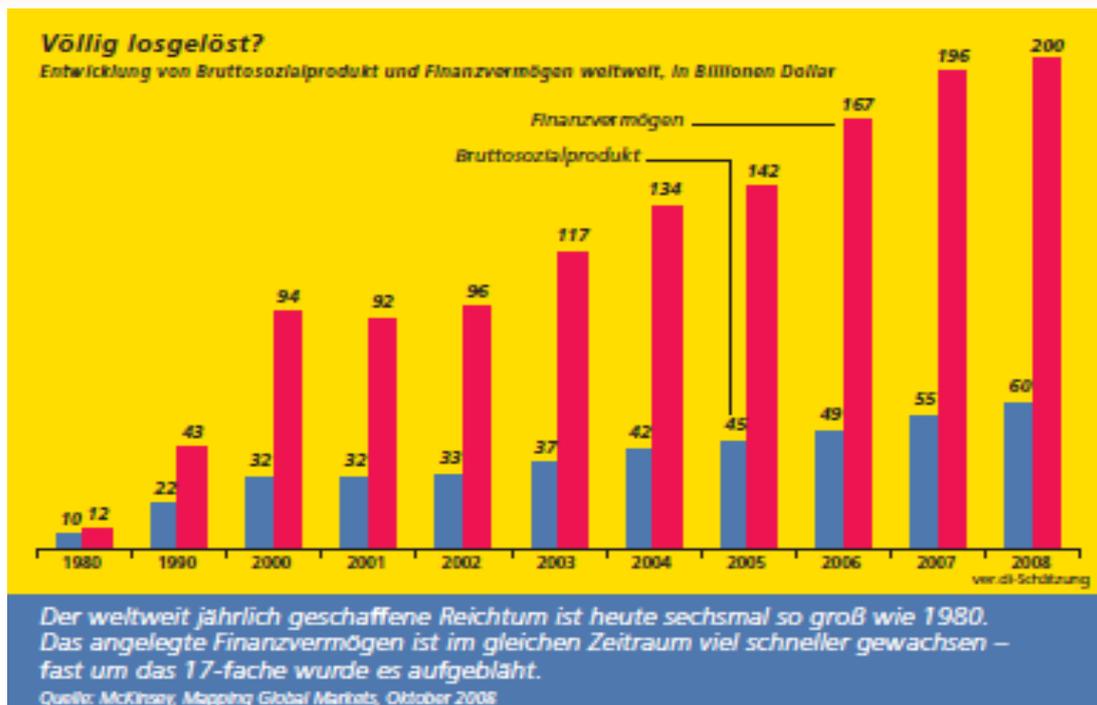
Privater Reichtum: Deutsches Geldvermögen



Folie 23 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Von der Investitionsfinanzierung zum Finanzinvestment (II)



Folie 24 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Dr. Axel Troost, MdB
DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Entwicklung der Staatsausgaben und –einnahmen

Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	1996-2005	2000-2005
Ausgaben		
Staat insgesamt	1,4	1,3
darunter Konsumausgaben	1,4	1,4
darunter Bruttoanlageinvestition	- 2,7	- 3,9
Einnahmen		
Staat insgesamt	1,4	0,4
darunter Steuereinnahmen	1,8	- 0,2
darunter Sozialvers.-Beiträge	1,2	1,0
BIP, nominal	2,0	1,7

Quelle: Sachverständigenrat: Sondergutachten Staatsverschuldung wirksam bekämpfen – eine andere Meinung

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 25 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Entwicklung der Staatsausgaben und –einnahmen nach Ländern¹

Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	Ausgaben ²⁾		Einnahmen ²⁾	
	1996-2005	2000-2005	1996-2005	2000-2005
Baden-Württemberg	1,4	0,9	1,6	0,2
Bayern	1,0	1,1	1,3	- 0,2
Berlin	- 0,5	0,4	0,9	- 0,2
Brandenburg	- 0,3	- 0,9	0,7	- 0,5
Bremen	0,1	- 2,0	- 3,2	- 5,9
Hamburg	0,7	0,6	1,3	1,3
Hessen	0,6	- 0,8	1,0	- 1,0
Mecklenburg-Vorpommern	- 1,5	- 0,5	- 0,3	- 0,6
Niedersachsen	1,0	0,8	0,2	- 1,0
Nordrhein-Westfalen	1,6	1,8	1,0	- 0,1
Rheinland-Pfalz	0,5	0,5	0,7	- 0,2
Saarland	0,1	- 0,0	- 3,4	- 5,8
Sachsen	- 0,4	- 0,7	0,2	- 0,7
Sachsen-Anhalt	- 0,2	- 0,7	0,0	- 1,3
Schleswig-Holstein	1,4	2,0	0,6	- 1,0
Thüringen	- 0,7	- 1,3	- 0,4	- 2,1

1) In der Abgrenzung der Finanzstatistik; ohne Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Zweckverbände. – 2) Ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.

Quelle: Sachverständigenrat: Sondergutachten Staatsverschuldung wirksam bekämpfen – eine andere Meinung

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 26 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Steuerschätzung vom Mai 2009

(Annahmen BIP: 2009 -5,3%, 2010 +1,2%, 2011 ff +3,3%)

	Ist 2008	Schätzung 2009	Schätzung 2010	Schätzung 2011	Schätzung 2012	Schätzung 2013
Bund (Mrd. €)	239,2	225,5	214,7	222,6	232	241,3
Veränderung zum Vorjahr in %	3,9	-5,7	-4,8	3,6	4,2	4
Länder (Mrd. €)	221,9	209	201,5	206,7	216,5	225
Veränderung zum Vorjahr in %	4,1	-5,8	-3,6	2,6	4,8	3,9
Gemeinden (Mrd. €)	77	70,3	67,6	70,5	75,1	80
Veränderung zum Vorjahr in %	5,9	-8,7	-3,8	4,3	6,6	6,5
EU (Mrd. €)	23,1	22,3	26,6	26,9	28,4	28,9
Veränderung zum Vorjahr in %	3,7	-3,3	19,3	1,1	5,5	1,7
Insgesamt (Mrd. €)	561,2	527	510,4	526,7	552	575,1
Veränderung zum Vorjahr in %	4,3	-6,1	-3,1	3,2	4,8	4,2

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 27 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Die Standardanalyse...

... greift zu kurz:

- Immobilienblase USA: Nur der Auslöser
- Deregulierung der Finanzmärkte
- Gier der Manager, unzureichende Aufsicht

Aber eben auch:

- Leitbild Exportweltmeister = selbstgemachte Krise
- Wachsende Vermögensungleichheit = Blasen werden zur Regel
- Privatisierung der Altersvorsorge

Dr. Axel Troost, MdB

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Folie 28 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Was tut die Bundesregierung?

Finanzmarkt-Rettungspakete

Rettung der Hypo-Real-Estate/Depfa:

- Geschäftsmodell: langfristige Kredite durch kurzfristige Schulden refinanzieren, Aufsicht bemängelt das schon im Juli als extrem gefährlich
- Bundesregierung gewährt Bürgschaft von 92 Mrd. – ohne dem Geschäft ein Ende zu setzen!

Finanzmarktstabilisierungsfonds (SOFFIN):

- Staatlicher Einfluss unverbindlich, keine parlamentarische Mitentscheidung, nur nachträgliche Berichte
- Bürgschaft von 400 Mrd. für Kredite der Banken untereinander, Bundesregierung rechnet mit Ausfällen von 5%: 20 Mrd. Steuergeld
- Eigenkapitalhilfe für Banken (und Aufkauf von Schrottpapieren) im Umfang von 80 Mrd. – ohne Stimmrechte!

Bad Banks: Gesetz der Bundesregierung

Unverhältnismäßige Belastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler:

- Banken dürfen (freiwillig) Risikopapiere an Bad Banks/ Zweckgesellschaften auslagern
- Bewertung der Papiere zum Buchwert vom 30. Juni 08 – vor Lehman!
- Risikoabschlag von 10% entfällt bei Kernkapitalquote < 7%
- Banken können Zahlungen umgehen (Bilanzstrukturmaßnahmen)
- Sparkassen sind schlechter gestellt als Privatbanken, da sie für marode Landesbanken sofort Rückstellungen bilden müssen (statt den Verlust über 20 Jahre abzustottern)

Konjunkturpakete der Bundesregierung

Viel zu spät und viel zu zaghaft: Paket I

- 4 Mrd. in 2009; 7,7 Mrd. in 2010, z.B.
 - ➔ zusätzlich 1 Mrd. jährlich für Gebäudesanierung
 - ➔ Verschrottungs-Prämie
 - ➔ Kurzarbeitergeld von 12 auf 18 Monate verlängert für 2009

Noch viel später: Paket II

- 50 Mrd. verteilt auf 2009 und 2010
- Steuersenkungen: 1 Mrd. für Reiche, 150 Mio. für Arme!
- Schuldenbremse

Ohne sozial-ökologischen Anspruch: Kredit- und Bürgschaftsfonds

- 100 Mrd. für die Industrie

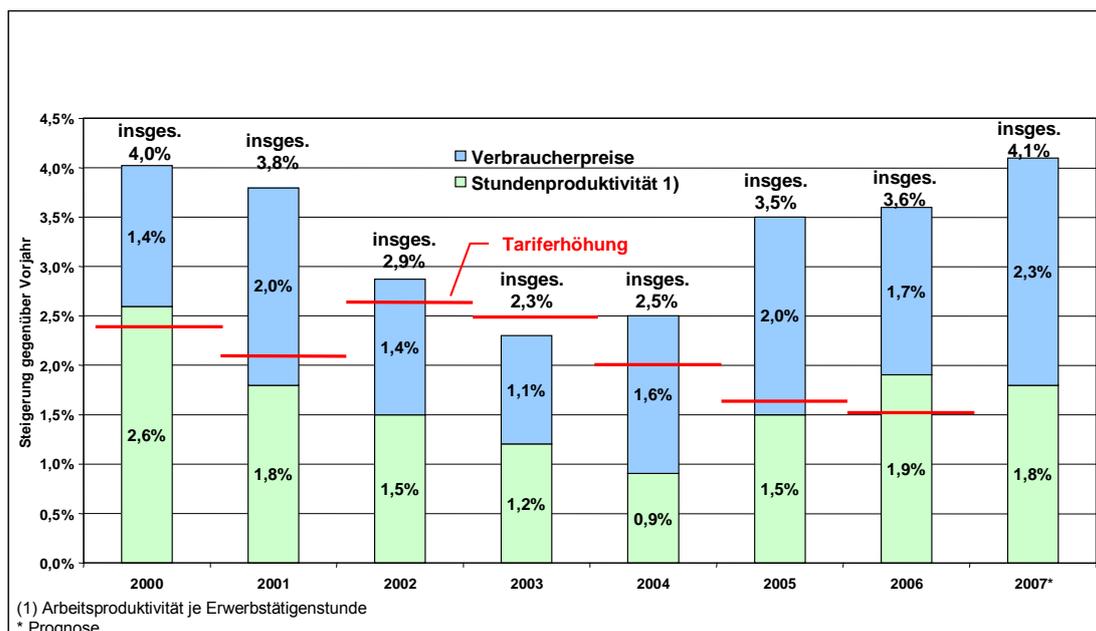
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ALTERNATIVEN

1. Gesetzlicher Mindestlohn und mindestens verteilungsneutrale Einkommenspolitik
2. Gute Arbeit – Gutes Leben:
Prekäre Arbeitsverhältnisse abschaffen
3. **Sozial-ökologisches** Zukunftsinvestitionsprogramm
4. Arbeitszeitverkürzung
5. Armutsfeste Grundsicherung
6. Reregulierung der Finanzmärkte und Wirtschafts-demokratie
7. Neue Weltwirtschaftsordnung

1. Gesetzlicher Mindestlohn

- 10 Euro (brutto) für alle in Deutschland Beschäftigten
- Jährliche Anpassung des Mindestlohns:
Einkommen aus Vollzeit oberhalb der Grenze für Armutslöhne
- Allgemeinverbindlichkeit tariflich vereinbarter Mindestentgelte, die über dem gesetzlichen Mindestlohn liegen
- Beratung der Bundesregierung bei Einführung und Anpassung des Mindestlohns durch einen Mindestlohnrat (Tarifparteien und Wissenschaft)
- Kontrollmechanismen, Sanktionen und Verbandsklagerecht

Unter den Möglichkeiten: Verteilungsspielraum und Ausschöpfung



2. Grundsätze Guter Arbeit

- Gute Arbeit ist sicher: rechtlich, sozial und gesundheitlich
- Von Guter Arbeit kann man gut leben
- Gute Arbeit hat Maß → Arbeitszeitverkürzung
- Gute Arbeit ist demokratisch, daher Mitbestimmung auch in wirtschaftlichen Fragen
- Gute Arbeit stellt Männer und Frauen gleich
- Gute Arbeit bietet Gestaltungsspielräume für unterschiedliche Lebensentwürfe

Ein Programm für Gute Arbeit

- Keine befristeten Arbeitsverhältnisse ohne triftige Begründung
- Subventionierung geringfügiger Beschäftigung beenden, Minijobs in reguläre Arbeitsverhältnisse umwandeln
- Leiharbeit bis maximal 6 Monate begrenzen und dabei gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- Praktika als Lernverhältnisse gesetzlich schützen und angemessen vergüten
- Scheinselbständigkeit zurückdrängen, in die Scheinselbstständigkeit Gedrängte unterstützen und in die Sozialsysteme zurückholen
- Solo-Selbständige ebenfalls in die sozialen Sicherungssysteme aufnehmen

Ein Programm für Gute Arbeit

- Zumutbarkeitskriterien für Arbeitslose wieder einführen
- Regelsatz des Arbeitslosengeld II auf 450 € erhöhen
- Kündigungsschutz verbessern
- Allgemeingültigkeitserklärung von Tarifverträgen erleichtern
- Öffentliche Auftragsvergabe an Vergaberichtlinien binden

Sozial-ökologisches Konjunkturprogramm

- 1. Konjunktur- und Zukunftsprogramm: 100 Mrd. in 2009 und 2010**
 - Masseneinkommen stärken: Renten und Hartz-IV-Regelsatz (auf 500 Euro) erhöhen (15 Mrd. €)
 - Öffentlich geförderte Beschäftigung (500.000 Arbeitsplätze) ausbauen (15 Mrd. €)
 - Öffentliche Investitionen in Höhe von 70 Mrd. € - fortgeführt als **langfristiges Zukunftsinvestitionsprogramm**
- 2. Zukunftsfonds für sozial und ökologisch innovative Industrien**
(100 Mrd., über Anleihe finanziert)

→ Zukunftsinvestitionsprogramm – Überblick

85 Mrd. jährlich für:

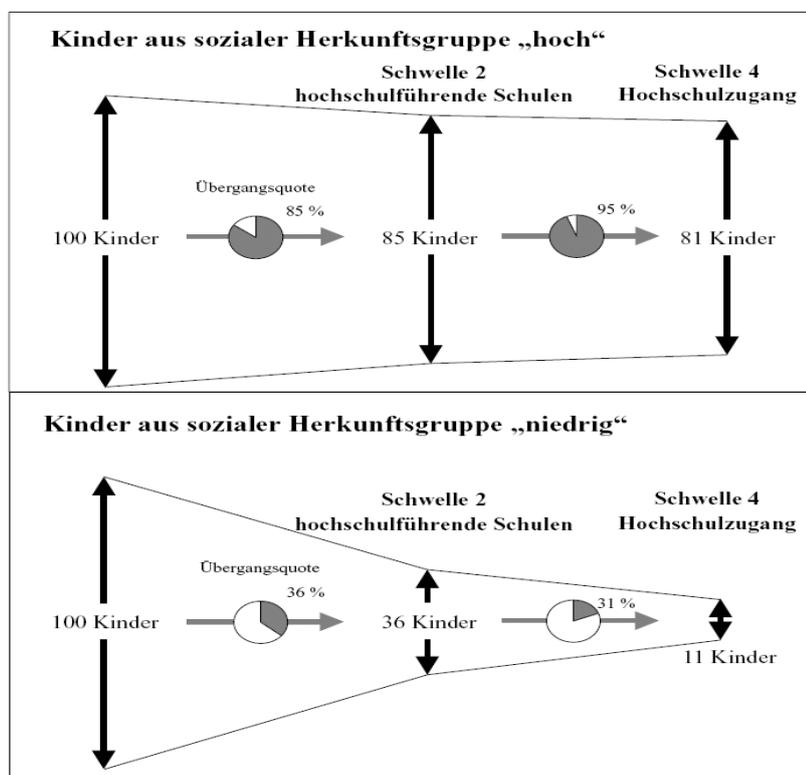
- Bildung (30)
- Gesundheit (5)
- Umwelt (15)
- Kommunale Infrastruktur/
Daseinsvorsorge (10)
- Öffentlich geförderte
Beschäftigung (15)

So viel fließt in die Staatskasse:

- Finanztransaktionsteuer: 20 Mrd.
- Millionärsteuer: 80 Mrd.
- Erbschaftsteuer: 4 Mrd.
- Unternehmen- und
Gewerbesteuerreform: 26 Mrd.
- Verbesserung Steuervollzug: 10 Mrd.
- Selbstfinanzierung: 20 Mrd.

Das kommt zusammen:

160 Mrd.



Kommunaler Investitionsbedarf 2006 – 2020

	Alte Bundesländer			Neue Bundesländer und Berlin			Deutschland	
	in Mrd. Euro	in %	in Euro/EW	in Mrd. Euro	In %	In Euro/EW	in Mrd. Euro	In %
Trinkwasser	21,5	3,9	327	7,5	4,7	447	29,0	4,1
Abwasser	45,8	8,4	697	12,4	7,8	740	58,2	8,3
Verwaltungsgebäude	16,9	3,1	257	2,9	1,8	173	19,8	2,8
Krankenhäuser	23,7	4,3	361	7,2	4,5	429	30,9	4,4
Schulen	61,1	11,2	930	11,9	7,5	712	73,0	10,4
Sportstätten	27,1	5,0	413	8,1	5,1	483	35,2	5,0
Straßen	118,3	21,7	1.801	43,3	27,3	2.581	161,6	23,0
ÖPNV	30,4	5,6	463	8,0	5,1	477	38,4	5,5
Städtebau	6,3	1,2	96	3,8	2,4	226	10,1	1,4
Sonstige Bereiche	160,0	29,3	2.436	48,4	30,6	2.885	208,4	29,6
Erwerb von Grundvermögen	34,7	6,4	528	4,8	3,0	286	39,5	5,6
Summe	545,8	100,0	8.309	158,4	100,0	9.439	704,1	100,0

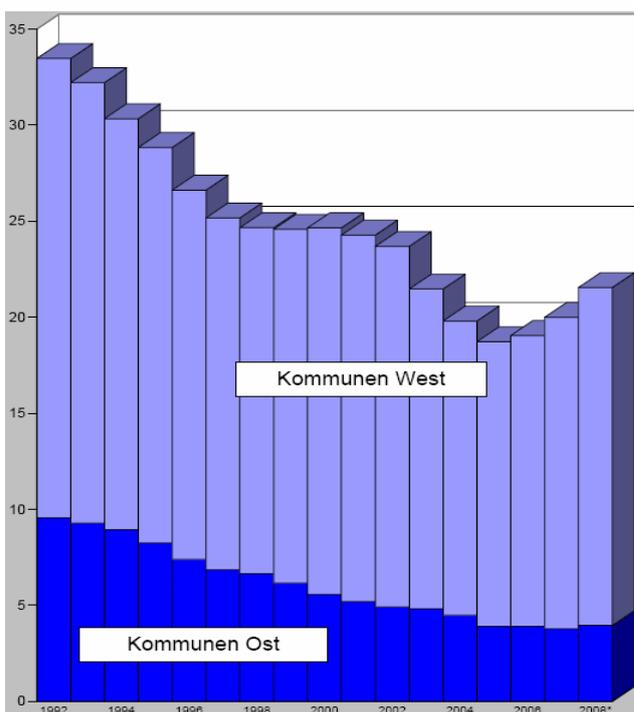
Quelle: Schätzungen des Difu.

Folie 41 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Dr. Axel Troost, MdB



Sachinvestitionen in den kommunalen Haushalten 1992 – 2008



Quelle: Gemeindefinanzbericht 2008 des Deutschen Städtetags

Folie 42 - Einstieg in die Sommerschule 2009

Dr. Axel Troost, MdB



Versuchte Flucht aus dem Budget

Öffentlich private Partnerschaften (ÖPP) – Public Private Partnerships (PPP)
Kurzfristige Verbesserungen bei langfristigen Folgekosten

- Kurzfristige Verbesserungen, z.B. an sanierten Schulen
- Doch private Investoren wollen Gewinne erzielen, die im Falle von PPP die Steuerzahler tragen
- PPP-Projektgesellschaften sind aufgrund großvolumiger, lang laufender Projekte zu rund 90 Prozent fremdfinanziert – bei zumeist niedrigerer Bonität als der Staat

4. Arbeitszeitverkürzung

- Deutliche Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommensverlust
- Lebensarbeitszeit verkürzen statt verlängern – weg mit der Rente ab 67

Erste Schritte:

- Begrenzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 40 Wochenstunden
- Überstundenabbau - jährlich werden ca. 1,4 Milliarden bezahlte und schätzungsweise 1 Milliarde unbezahlte Überstunden geleistet

5. Armutsfeste Grundsicherung

- Die bedarfsorientierte soziale Grundsicherung muss repressionsfrei gewährt werden.
- Niemand darf zur Ausübung einer Beschäftigung gezwungen werden, die kein Existenz sicherndes Einkommen schafft, die berufliche Qualifikation nicht in Wert stellt, zu hohe Ansprüche an Flexibilität und Fahrtzeiten stellt oder die gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstößt.
- Die Zumutbarkeitsregelungen sind diesen Grundsätzen anzupassen.

6. Wirtschaftsdemokratie

- Intervenierende Wirtschaftspolitik und Struktur- (Industrie-)Politik inkl. sektoraler Investitionslenkung (*makro*)
- Regulierte Märkte und kontrollierter Wettbewerb, Mittelstands- und Verbraucherschutzpolitik (*meso*)
- Partizipation abhängig Beschäftigter an Entscheidungsprozessen, materielle Teilhabe, ökonomische Abhängigkeiten und Fremdbestimmungen zurückdrängen – individuelle Freiheit stärken (*mikro*)

7. Neue Weltwirtschaftsordnung

- Alle Länder gleichberechtigt an Regulierung beteiligen statt auf G20 beschränken
- Verbindliche Verträge im Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) beschließen statt in der Welthandelsorganisation (WTO)
- Problem ungleichgewichtiger Handelsströme entschärfen/
Währungskooperation bzw. Einheitswährung voranbringen
- Regionalisierung und Binnenmarktorientierung stärken
- Investitionen an soziale und ökologische Standards knüpfen
- Entwicklungsländer entschulden / Internationales Insolvenzrecht einführen / Fonds gegen Krisenfolgen für Entwicklungsländer einrichten
- Steuer- und Regulierungssoasen austrocknen